

# Der schwierige Zugang zur Psychotherapie

Monatelange Wartezeiten trotz dringend benötigter Hilfe sind bei **kassenfinanzierter Psychotherapie** häufig. Dabei steigt die Zahl der Kranken. Kommt jetzt eine Reform? ➔ VON EVA WINROITHER

Wer Geld hat, hat meistens kein Problem. Rund 10.000 Psychotherapeuten gibt es in Österreich, sie sind zwar unterschiedlich verteilt – im Burgenland gibt es etwa rund 170, in Wien sind es rund 4100 –, aber wer es sich leisten kann, der wird wohl innerhalb einer Wartezeit von zwei bis drei Wochen einen Termin bei einem Therapeuten bekommen. Zwischen 90 und 110 Euro kostet eine Stunde laut dem Österreichischen Bundesverband für Psychotherapie (ÖBVP). Es gibt auch Therapeuten, die weniger verlangen.

So oder so: Eine Therapie ist teuer. Mit einem einzelnen Besuch ist es meist nicht getan. In der Regel dauert eine Therapie ein paar Monate bis Jahre: Das muss man sich erst einmal leisten können. Was macht also eine Alleinerziehende, wenn sie depressiv ist und Hilfe braucht – oder ein geschiedener Familienvater, ein Student? Sie haben oft nicht das notwendig Geld dafür.

Für sie hat der Staat eigentlich seit den 1990er-Jahren vorgesorgt. Seither gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf die Psychotherapie auf Krankenschein, wie man salopp dazu sagt. Heißt: Ein Therapeut hat einen Kassenvertrag, jenen, die einen Platz bekommen, zahlt der Staat die Therapie.

**Ab Herbst keine Therapie?** Nur: Diese Plätze sind limitiert. Jedes Bundesland hat ein gewisses Kontingent an Plätzen, die bei weitem nicht reichen. „Es kann sein, dass im Herbst einfach die Kontingente aus sind“, sagt Peter Stippl, Präsident des ÖBVP. Das hat zur Folge, dass Patienten für die dringend benötigte Therapie zum Teil Monate warten müssen.

In Wien ist ein halbes Jahr Wartezeit keine Seltenheit. In Niederösterreich kam 2017 der Psychiater Friedrich Riffer, damals ärztlicher Direktor des Psychosomatischen Zentrums Eggenburg, in einer Studie zum Schluss, dass 60 Prozent seiner Patienten nach einem stationären Aufenthalt keinen kassenfinanzierten Therapieplatz bekommen, um ihre Therapie ambulant fortzusetzen. Knapp 15 Prozent der Betroffenen, die einen Kassenplatz in Anspruch nehmen konnten, mussten länger als sechs Monate darauf warten.

Das ist in etwa damit vergleichbar, als würde jemand nach der Hüftopera-

tion ein Dreivierteljahr keine Physiotherapie bekommen.

„Studien belegen außerdem, dass lange Wartezeiten Krankheiten chronifizieren. Das hat höhere Medikamentenkosten und Krankenstände zur Folge“, sagt Stippl. Seit Jahren fordern Psychotherapeuten daher die Abschaffung der Kontingente und einen freien Zugang zur Psychotherapie auf Kassenkosten – bei „krankheitswertigen Diagnosen“, sagt Stippl. Nicht bei Selbstfindung. Das würde sich auch für den Staat langfristig rechnen, so der Landesvertreter. So könnten Krankenstände und Frühpen-sionen reduziert werden.

---

Lange Wartezeiten machen Krankheiten chronisch, das kostet den Staat auf Dauer.

---

**Unterschiedliche Zuschüsse.** Freilich gibt es noch einen dritten Finanzierungsweg. Der Staat zahlt Zuschüsse zur Therapie. Doch die sind je nach Bundesland und Sozialversicherung anders: In Wien bekommen Bauern pro Stunde 50 Euro, Angestellte rund 30 Euro, Selbstständige rund 22 Euro. Viel ist das nicht – und wie Stippl findet, ist es auch ungleich verteilt. Er und seine Kollegen fordern daher eine Abrechnung wie bei anderen Krankheiten. Das heißt: Wer selbstständig ist, zahlt einen Selbstbehalt von zehn Prozent, Angestellte beispielsweise gar nichts.

Bisher ist diese Forderung trotz harscher Rechnungshofkritik und laufend steigenden Zahlen von psychischen Krankheiten stets gescheitert. Im neuen Regierungsabkommen von ÖVP und Grünen sind vollfinanzierte Therapieplätze im Bereich Psychotherapie festgeschrieben. Auf Anfrage der „Presse am Sonntag“ heißt es seitens Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne): „Wir werden im Mai einen großen runden Tisch mit Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten veranstalten, da es vor allem bei sozial benachteiligten Menschen hohen Bedarf für psychotherapeutische Leistungen auf Krankenschein gibt. Dort werden wir dann Umsetzung und Etappenpläne der im Regierungsprogramm angeführten Punkte besprechen.“ ///